

JAHRESBERICHT 2016



Im Interview

Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe

*Professorin für Wirtschaftslehre
des Privathaushalts und
Familienwissenschaft*

Seite 20

Im Interview

Prof. Dr. Klaus Töpfer

*Bundesminister a. D. und
Experte für Nachhaltigkeit*

Seite 28

Impressum

Herausgeber

Statistisches Bundesamt (Destatis), Wiesbaden

Redaktion & Interviews

Heidrun Stirner, Kristina Theis und Ilka Willand
jahresbericht@destatis.de

Gestaltung

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth
Barbara Both, Statistisches Bundesamt (Destatis)

Erschienen im Juli 2017

© Statistisches Bundesamt (Destatis), Wiesbaden 2017
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit
Quellenangabe gestattet.

Bildrechte

Umschlag

© KonzeptQuartier® GmbH / © Statistisches Bundesamt (Destatis)

Seite 03, 04, 05, 10, 11, 12, 13, 14, 17, 24, 25, 26, 27, 35, 36, 38, 40, 42, 44
© Statistisches Bundesamt (Destatis)

(Abgebildete Personen sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen
Bundesamtes (Destatis) / Fotograf: Dennis Williamson)

Seite 04, 05, 06, 07, 10, 11, 15, 18, 19, 23, 30, 32, 35
© KonzeptQuartier® GmbH

Seite 06

© PolaRocket/photocase.de

Seite 08

© Statistisches Bundesamt (Destatis) / news aktuell / Jana Geldner

Seite 10

© Lumina Images – Fotolia.com

Seite 15

© mooshny – Fotolia.com

Seite 4, 20

© Heinrich-Böll-Stiftung / Stephan Röhl (CC BY-SA 4.0)

Seite 22

© Arthur Gräwe

Seite 05, 28

© CHL Deutscher Nachhaltigkeitstag 2011 / Christian Lietzmann

Seite 31

© Rat für Nachhaltige Entwicklung / Dirk Enters

Seite 05, 32

© nejron / 123rf.com

Seite 05, 32

© phonlamaipphoto – Fotolia.com

Liebe Leserin, lieber Leser,

Menschen lassen sich mehr von Emotionen leiten und immer weniger von Fakten – so könnte man die Diskussion um das postfaktische Zeitalter verkürzt beschreiben, die im letzten Jahr ihren vorläufigen Höhepunkt fand. „Postfaktisch“ wurde 2016 in Deutschland zum Wort des Jahres gekürt.

Als Präsident der größten Behörde in Deutschland, die amtliche Daten verbreitet, verfolge ich solche Entwicklungen besonders achtsam. Wir garantieren hohe Qualitätsstandards unserer Daten und sind unabhängig, genau darauf beruht unsere Glaubwürdigkeit. Jedoch: Der Kontext „rund um die Zahl“ wird indes auch für unsere Nutzerinnen und Nutzer immer wichtiger und muss transparent mitkommuniziert werden, damit das Vertrauen zu unserem Haus beständig bleibt.

Einer, der uns dazu ermuntert, ist Professor Klaus Töpfer, Bundesminister a. D. und Grandseigneur für Nachhaltigkeit weltweit. Er bereichert uns im Interview in vielfacher Hinsicht, zum Beispiel mit seinen Ausführungen vom Weg der Zahl zur entscheidungsrelevanten Information.

Wie unsere persönliche Wahrnehmung auf tägliche Dinge wie Ernährung, Beköstigung und Erwerbstätigkeit durch Fakten „geradegerückt“ werden kann, zeigen wir im Interview mit Professorin Uta Meier-Gräwe. Als Wissenschaftlerin und Sachverständige für die Bundesregierung beschäftigt sie sich mit den Daten der Zeitverwendungserhebung seit der ersten Erhebung dieser Art in Deutschland.

Sehr geehrte Leserschaft, ich wünsche, dass Sie auch bei allen weiteren Themen der vorliegenden Lektüre einen guten Einblick „rund um die Zahl“ erhalten und freue mich, wenn wir damit weiterhin Ihr Vertrauen in die amtliche Statistik stärken können.

Ihr



Dieter Sarreither
Präsident des Statistischen Bundesamtes



Inhalt

02 Impressum

03 Editorial

06 **Vision**

Leitmotiv und Kennzahlen in Kürze

08 **Fakten statt Fake-News**

Feedback auf die Pressearbeit 2016

10 **StatistikCampus**

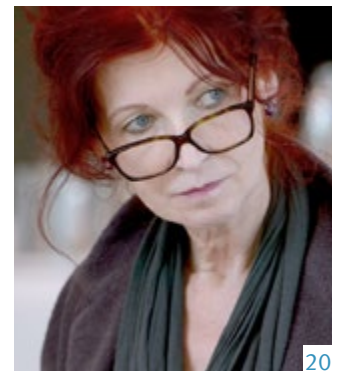
Portal für Studierende

11 **Deutschland, Land des langen Lebens**

Ältere Menschen in Deutschland und der EU

12 **Internationale Konferenz in Dresden**

IARIW zu Einkommen und Vermögen





14 **Gerhard-Fürst-Preis 2016**
Prämierung für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

16 **Schwerpunktthema I**
Daten zur Zeitverwendung

20 **Im Interview: Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe**
Professorin für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft

24 **Schwerpunktthema II**
SDG/Nationale Nachhaltigkeitsstrategie

28 **Im Interview: Prof. Dr. Klaus Töpfer**
Bundesminister a. D. und Experte für Nachhaltigkeit

32 **Zukunftsthemen**
Neue digitale Daten, Registernutzung, Migration & Integration

36 **Haushalt**
Budget und Ausgaben 2016

38 **Personal**
Fit für die Zukunft

42 **Leitung**

44 **Kontakt & Service**



Unsere Vision

Das Statistische Bundesamt ist der führende Anbieter qualitativ hochwertiger statistischer Informationen über Deutschland.

Unser Selbstverständnis

Wir liefern die für die Willensbildung und die Entscheidungsprozesse in einer demokratischen Gesellschaft notwendigen statistischen Informationen und garantieren die Neutralität, Objektivität und wissenschaftliche Unabhängigkeit unserer Arbeiten sowie die vertrauliche Behandlung der uns überlassenen Einzeldaten.

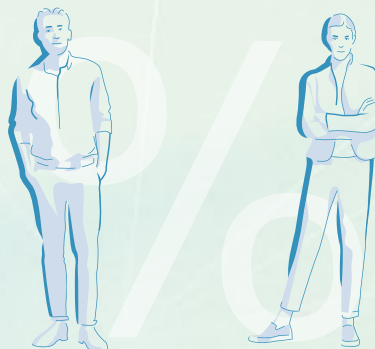
Unsere Leistungsfähigkeit beruht auf der innovativen Kraft, Kompetenz und Kundenorientierung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Strategie des Statistischen Bundesamtes kann im Detail auf www.destatis.de im Bereich „Über uns“ im Strategie- und Programmplan eingesehen werden.



Beschäftigte

| | |
|--|---------|
| Beschäftigte am Standort Wiesbaden | 1 669 ↓ |
| Beschäftigte am Standort Bonn | 556 ↓ |
| Beschäftigte am Standort Berlin | 24 ↓ |
| Tarifbeschäftigte | 67% ↓ |
| Beamteninnen und Beamte | 31% ↑ |
| Auszubildende | 2% – |
| Anteil der Frauen an den Beschäftigten | 58% – |
| Anteil der weiblichen Führungskräfte | 37% – |
| Beschäftigte in Teilzeit | 24% ↑ |
| Anteil befristet Beschäftigter | 9%, neu |
| Anzahl an Nationalitäten | 17, neu |

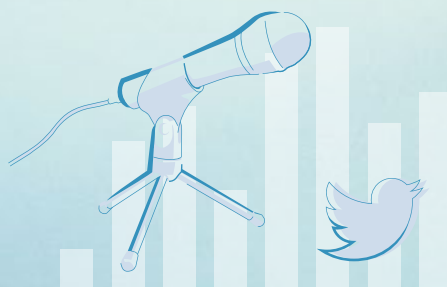


Finanzen

| | |
|--|------------------------|
| Veranschlagte Haushaltsmittel | 161,8 Millionen Euro ↓ |
| Anteil am Haushalt des Bundesministeriums des Innern ... | 2,1% ↓ |
| Anteil am Bundeshaushalt | 0,05% – |

Presse und Service

| | |
|---|----------|
| Anfragen aus dem Deutschen Bundestag an Hauptstadtsservice | 639 – |
| Pressemitteilungen | 476 ↓ |
| Pressekonferenzen | 7 ↓ |
| Destatis-Tweets | 1 052 ↑ |
| Twitter-Follower | 10 790 ↑ |
| Telefonische Anfragen über Service-Nummer | 14 213 ↓ |
| Schriftliche Anfragen an den zentralen Auskunftsdienst ... | 15 130 ↑ |



Datenbank GENESIS-Online

| | |
|------------------------------|-----------------|
| Tabellenabrufe | 3,4 Millionen ↑ |
| Verfügbare Statistiken | 226 ↑ |
| Verfügbare Werte | 781 Millionen ↑ |

Fakten statt Fake-News: Pressearbeit 2016

Das Statistische Bundesamt liefert solide Fakten für die Öffentlichkeit. Hier geben wir einen Einblick in die Themenvielfalt und das Pressefeedback. Im Jahr 2016 führte Destatis einen Journalisten-Workshop sowie sieben Pressekonferenzen in Berlin durch und veröffentlichte 476 Pressemitteilungen. Bei 253 Arbeitstagen in Hessen entspricht das durchschnittlich fast zwei Meldungen am Tag.

Journalisten-Workshop zum europäischen Datenangebot

Euro-Rettung, Freihandelsabkommen TTIP, Flüchtlingskrise: Die meisten Themen in der Medienberichterstattung machen nicht an deutschen Grenzen halt. Bei einem ge-

meinsamen Journalisten-Workshop mit Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, stellten wir vor, wie sich statistische Informationen zu Deutschland im europäischen Kontext online recherchieren lassen. Vermitteln konnten wir auch, wie Statistiken (zum Beispiel zu

den Verbraucherpreisen) über verschiedene Länder hinweg harmonisiert und damit vergleichbar gemacht werden. Lob gab es auf Twitter: „vielen dank an @destatis + @EU_Eurostat f.d. informativen workshop (...) aufbereitung der datenfülle ist beeindruckend.“



Pressekonferenz Datenreport

„Zuwanderer brauchen Bildung, Bildung, Bildung“ Nordbayerische Nachrichten, 4. Mai // „Migranten niedrig bezahlt und doch zufriedenen“ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Mai
Zuwanderer kamen zu unterschiedlichen Zeiten aus den unterschiedlichsten Gründen nach Deutschland: als Gastarbeiter und Arbeitsmigranten, als Spätaussiedler oder Asylbewerber. Rund 20% der Bevölkerung haben mittlerweile einen Migrationshintergrund. Mit den Lebensverhältnissen und Einstellungen dieser heterogenen Bevölkerungsgruppe beschäftigte sich schwerpunktmäßig die Pressekonferenz zum Datenreport 2016, dem Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Statistischen Bundesamt, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung sowie in Zusammenarbeit mit dem Sozio-oekonomischen Panel am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Unsere Kernbotschaft wurde besonders häufig aufgegriffen: Bildung ist entscheidend für die Integration von Migrantinnen und Migranten. Mit höherem Bildungsstand verbessern sich ihre Chancen am Arbeitsmarkt, sie erzielen höhere Einkommen und ihr Armutsrisiko sinkt.

Pressekonferenz Überschuldung privater Haushalte

„Vor allem Alleinstehende sind von Überschuldung betroffen“ Deutschlandfunk, 1. Juli // „Schuldlos in die Schuldenfalle: Krankheit und Jobverlust führen häufig zu Geldsorgen“ Berliner Zeitung, 2. Juli

2015 haben in Deutschland rund 647 000 Personen wegen finanzieller Probleme die Hilfe einer Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle in Anspruch genommen. Überdurchschnittlich häufig betroffen waren alleinlebende Männer und alleinerziehende Frauen. Im Rahmen der Pressekonferenz konnte insbesondere mit dem Vorurteil aufgeräumt werden, dass, wer überschuldet ist, selbst daran schuld sei. Hauptauslöser

sind in der Regel nicht planbare und gravierende Änderungen der Lebensumstände wie Krankheit, Trennung vom Partner oder Jobverlust, die außerhalb der unmittelbaren Kontrolle der Überschuldeten liegen.

Pressekonferenz Statistisches Jahrbuch

„Mehr Gemüse und weniger Bier: Zwei Drittel der Deutschen fühlen sich gesund oder sehr gesund und ernähren sich auch immer bewusster.“ heute.de, 27. Oktober // „Von vielem zu viel: Laut Statistik bedrohen Rauchen und Übergewicht die Gesundheit“ Frankfurter Rundschau, 28. Oktober // „Fakten von großem Gewicht“ Süddeutsche Zeitung, 28. Oktober

Das Statistische Jahrbuch wird gerne als Ausgangspunkt für weitergehende journalistische Recherchen genutzt. Es bietet einen sorgfältig ausgewählten Querschnitt durch unser Datenangebot. Im Fokus der Pressekonferenz stand diesmal die Gesundheit der Deutschen. Dabei zeigte sich ein ambivalentes Bild: Einerseits werden wir immer älter. Seit Bismarcks Zeiten haben neugeborene Jungen und Mädchen jeweils über 40 Lebensjahre dazugewonnen. Andererseits stieg der Anteil der stark übergewichtigen Menschen in Deutschland, vor allem unter Männern. Mangelnde Bewegung ist einer der Gründe: Durchschnittlich 27 Minuten pro Tag treiben wir Sport, fürs Fernsehen nehmen wir uns etwa 4,5 Mal so viel Zeit täglich.

Wichtige Themen in Pressemeldungen aufgreifen

Mit unseren Pressemitteilungen lieferten wir wieder solide Fakten zu Themen, die in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert wurden:

Bevölkerungsentwicklung

Am 20. Januar meldeten wir auf Basis der 13. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, dass sich der Trend zur zunehmenden Alterung der Bevölkerung durch die aktuell hohe Zuwanderung nicht umkehren lässt, denn die Nettozuwanderung kann die sehr großen Unterschiede zwischen der Anzahl der Menschen in den jüngeren und

mittleren Altersstufen voraussichtlich nicht ausgleichen. Bei der Bevölkerungsvorausberechnung werfen wir keinen Blick in die Glaskugel, sondern treffen quantitative Wenn-Dann-Aussagen. Aus einer fundierten Datengrundlage leiten wir Annahmen über die künftige Entwicklung von Zuzügen, Fortzügen, Geburten und Sterbefällen ab. Für die langfristigen Wanderungsannahmen kann die im Jahr 2015 rapide angestiegene Zuwanderung Schutzsuchender nicht als Muster dienen, denn der Wanderungssaldo schwankt erfahrungsgemäß im Zeitverlauf sehr stark.

Mindestlohn

Zum 1. Januar 2017 ist der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland von 8,50 Euro auf 8,84 Euro pro Stunde gestiegen. Mit der Erhöhung hat das Bundeskabinett die Empfehlung der Mindestlohnkommission umgesetzt. Basis dieser erstmaligen Anpassung war der monatliche Index der tariflichen Stundenverdienste ohne Sonderzahlungen. Von Dezember 2014 bis Juni 2016 stiegen die Löhne und Gehälter durchschnittlich um 3,2%, wie wir am 21. Juni mitteilten.

Wohnungsmarkt

Im Jahr 2016 wurde in Deutschland der Bau von insgesamt 375 400 Wohnungen genehmigt, das waren 21,6% mehr als im Vorjahr. Eine höhere Zahl an Baugenehmigungen für Wohnungen hatte es zuletzt 1999 gegeben (440 800). Gründe für den Aufwärtstrend sind beispielsweise die niedrigen Zinsen und die große Nachfrage in Ballungsgebieten. Prozentual am stärksten stiegen die Baugenehmigungen für Wohnungen in Wohnheimen (+ 109,7%), wozu Flüchtlingsunterkünfte zählen.



StatistikCampus

Das Statistische Bundesamt bietet ein neues Portal speziell für Studium, Forschung und Lehre an: den StatistikCampus. Hier werden Angebote zusammengefasst, die für Studierende und Lehrkräfte interessant sind. Tipps für den Einstieg in das Datenangebot beispielsweise, oder wie man statistische Daten in wissenschaftlichen Arbeiten verwendet. In Zukunft soll die Seite der zentrale Zugang zur amtlichen Statistik werden für alle, die Statistik verstehen oder ihr vorhandenes Wissen auffrischen wollen.

Alternative Fakten – Fake News – postfaktisch. Solche Begriffe kennzeichnen derzeit viele Schlagzeilen in den Nachrichten und die Diskussionen in den sozialen Medien. Sie zeigen: Genau hinzuschauen, zu vergleichen und die Zahlen korrekt ins Verhältnis zu setzen ist keine Selbstverständlichkeit. Doch wie erkennt man, ob eine Information wahr oder falsch ist? Welche Qualitätskriterien sind für eine Statistik wichtig? Welche Datenquellen sind objektiv? Aus den Entwicklungen der letzten Zeit zeigt sich, wie wichtig es ist, dass Bildungseinrichtungen den nächsten Generationen die Kompetenz im Lesen und Verstehen von Statistiken (die sogenannte statistical literacy) vermitteln. Statistikkompetenz ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen ihre Entscheidungen auf Basis von Fakten treffen,

und die amtliche Statistik muss einen Beitrag leisten, diese zu vermitteln, nach dem Motto: „Fakten statt Fake News“.

Deshalb ist ein E-Learning-Modul, das von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder entwickelt wurde, ein wichtiges Kernstück des StatistikCampus. Hier werden statistische Grundlagen interaktiv und multimedial vermittelt: Was unterscheidet den Mittelwert vom Median? Wie berechne ich eine Lorenz-Kurve? Und wie stelle ich meine Ergebnisse am besten grafisch dar? Aber auch aktuelle Jobangebote und Ausbildungs- oder Praktikumsplätze sind hier zu finden. Der StatistikCampus wird fortlaufend weiterentwickelt. Reinschauen lohnt sich also für jeden!

Deutschland, Land des langen Lebens

Unsere Statistiken zeigen in vielen Bereichen den wachsenden Einfluss der Älteren in der Gesellschaft. Doch wie leben ältere Menschen in Deutschland und in der EU? Das Statistische Bundesamt hat 2016 mit der Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine neue Broschüre zum Thema „Ältere Menschen“ veröffentlicht.

Der demografische Wandel in Deutschland ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Die Lebenserwartung ist angesichts der immer besseren Lebensbedingungen immer weiter gestiegen: Sie hat sich seit dem 19. Jahrhundert fast verdoppelt und liegt heute für Jungen bei 78 Jahren und für Mädchen bei 83 Jahren. Außerdem erreichen die „Baby-Boomer“ der geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre in absehbarer Zeit das Rentenalter.

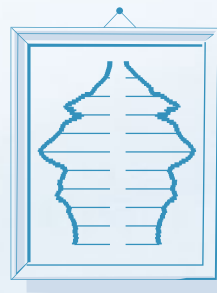
Die Altersstruktur der Bevölkerung ist auch angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl im September 2017 interessant. Die Generation 60 plus stellte bereits bei der Bundestagswahl 2013 gut ein Drittel (34 %) der Wahlberechtigten und damit mehr als doppelt so viele wie die Generation der unter 30-Jährigen (16 %). Die Wahlbeteiligung der Älteren war bei der letzten Wahl überdurchschnittlich hoch. Aufgrund der wachsenden Zahl der älteren Wahlbe-

rechtigten wird das politische Einflusspotenzial der Älteren zukünftig noch weiter steigen.

Fakt ist auch: Der demografische Wandel ist nicht allein auf Deutschland beschränkt – er hat ganz Europa erfasst. Momentan gehört in Deutschland mehr als jeder Vierte zur Generation 60 plus. 2050 wird es jeder Dritte sein. In der Slowakei, in Spanien,

Portugal und Griechenland wird zukünftig ein noch größerer Anteil über 60-Jähriger erwartet.

Ob es um die Rollenverteilung der Geschlechter beim Lebensunterhalt, die Kaufkraft im EU-Vergleich, Gesundheit oder Haushaltsausstattung geht. Daten zu älteren Menschen aus unterschiedlichen Quellen zusammenzustellen und mit Zahlen aus anderen europäischen Ländern zu vergleichen, wird angesichts des demografischen Wandels auch über die Broschüre hinaus eine wichtige Aufgabe des Statistischen Bundesamtes sein.



Internationale Konferenz in Dresden

*Destatis richtete die 34. Generalkonferenz der Internationalen
Vereinigung zur Forschung in den Bereichen Einkommen und Vermögen
in Dresden aus*



*Die 34. Generalkonferenz der Internationalen Vereinigung zur Forschung
in den Bereichen Einkommen und Vermögen (IARIW) diente dem intensiven
wissenschaftlichen Austausch.*

Die Konferenz der Internationalen Vereinigung zur Forschung in den Bereichen Einkommen und Vermögen (IARIW) fand vom 21. bis 27. August in Dresden statt – Ausrichter war das Statistische Bundesamt. Rund 300 Statistikerinnen und Statistiker aller Kontinente kamen in der Elbmetropole zum wissenschaftlichen Austausch zusammen.

Dieter Sarreither, Präsident des Statistischen Bundesamtes, forderte die Konferenzteilnehmer in seiner Begrüßungsrede auf, sich aktiv den neuen Herausforderungen für die Statistik in der digitalisierten und globalisierten Welt zu stellen. Dabei hob er die Wichtigkeit der Erschließung neuer Datenquellen und die Darstellung der Wechselwirkungen zwischen Ökonomie, Ökologie und Lebensqualität hervor.

Ein Höhepunkt der Konferenz waren die Eröffnungsvorträge von Walter Radermacher, Generaldirektor von Eurostat, sowie Christian Kastrop, Direktor für Politikstudien bei der OECD, und Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Das umfangreiche Tagungsprogramm deckte darüber hinaus auch viele Themen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ab, an die die Konferenz angebunden ist. Das wissenschaftliche Programm wurde von den Fachleuten des Statistischen Bundesamtes maßgeblich geprägt, die ihre Expertise bei der Leitung von Sessions, als Vortragende oder als Diskutanten einbrachten. Mit Albert Braakmann, dem Leiter des Bereiches Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Erwerbstätigkeit, wurde erstmals ein Experte des Statistischen Bundesamtes zum Vorsitzenden der International Association for Research in Income and Wealth gewählt.

Eröffnungsvorträge

Walter Radermacher, Generaldirektor Eurostat

Better data. Better lives. Statistics to serve society

Dr. Christian Kastrop, Direktor für Politikstudien bei der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD)

Income inequality within and between branches

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

The battle for redistribution – why Germany is becoming more unequal

IARIW-Konferenzen 2010 bis 2018

- 2010 ● St. Gallen (Schweiz)
- 2012 ● Boston (USA)
- 2014 ● Rotterdam (Niederlande)
- 2016 ● Dresden (Deutschland)
- 2018 ● Kopenhagen (Dänemark)

Von links nach rechts: Marcel Fratzscher, Dr. Christian Kastrop, Walter Radermacher



Gerhard-Fürst-Preis 2016

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für Arbeiten zur amtlichen Statistik prämiert

Bereits zum 18. Mal verlieh der Präsident des Statistischen Bundesamtes am 24. November 2016 einer Wissenschaftlerin und zwei Wissenschaftlern den Gerhard-Fürst-Preis für ihre herausragenden wissenschaftlichen Arbeiten. Zusätzlich erhielt in diesem Jahr eine Wissenschaftlerin für ihre Dissertation den Peter-von-Lippe-Gedenkpreis. Diese beiden Auszeichnungen fördern junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich theoretisch oder empirisch mit Themen der amtlichen Statistik auseinandersetzen.

Über den Gerhard-Fürst-Preis in der Kategorie Dissertationen und ein Preisgeld von 5 000 Euro durfte sich Dr. Stefan Stuth freuen, der sich mit dem Thema „Closing in on Closure – Occupational Closure and Temporary Employment in Germany“ auseinandersetzte. Seine Arbeit entstand an der Humboldt-Universität zu Berlin bei Prof. Jutta Allmendinger. In der Kategorie Master-/Bachelorarbeiten gab es gleich zwei Preisträger, die sich mit ihren Masterarbeiten hervortaten und ein Preisgeld von 2 500 Euro erhielten. Natalia Rojas-Perilla beschäftigte sich an der Freien Universität Berlin unter der Betreuung von Prof. Timo Schmid mit dem Thema „Poverty Estimation Methods: a Comparison under Box-Cox Type Transformations

with Application to Mexican Data“. Die zweite Auszeichnung wurde Guido Schulz für seine an der Technischen Universität Berlin bei Prof. Axel Werwatz entstandene Masterarbeit „Aufwertung und Verdrängung in Berlin: Räumliche Analysen zur Messung von Gentrifizierung“ verliehen.

Dr. Ivonne Lindlbauer erhielt den mit 2 000 Euro dotierten Peter-von-Lippe-Gedenkpreis für ihre Dissertation „Efficiency and Risk Adjustment of German Hospital Care“, die sie an der Universität Hamburg am Lehrstuhl von Herrn Prof. Jonas Schreyögg anfertigte. Dieser Gedenkpreis wurde zu Ehren von Professor Peter von der Lippe verliehen, der 2016 verstorben ist. Das Statistische Bundesamt erinnert damit an einen langjährigen Begleiter und Partner der amtlichen Statistik, dessen Band „Wirtschaftsstatistik“ über viele Jahre als Standardliteratur galt.

Die Auszeichnungen nimmt das Statistische Bundesamt auf Empfehlung eines unabhängigen Gutachtergremiums vor. Das sechsköpfige Gremium setzt sich aus je zwei renommierten Wissenschaftlern der Fachrichtungen Statistik, Wirtschaftswissenschaften und Sozialwissenschaften zusammen.



.....
*Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
freuen sich über die Auszeichnungen.*

*Von links: Prof. Dr. Walter Krämer (Vorsitzender
des Gutachtergremiums), Dr. Ivonne Lindlbauer,
Natalia Rojas-Perilla, Guido Schulz, Dr. Stefan
Stuth und Dieter Sarreither (Präsident des
Statistischen Bundesamtes)*

Gerhard Fürst war von 1948 bis 1964 Präsident des Statistischen Bundesamtes sowie Bundeswahlleiter. Ihm zu Ehren wird jedes Jahr der „Gerhard-Fürst-Preis“ verliehen.



Und was machen Sie so?

Daten zur Zeitverwendung spiegeln den Alltag der Menschen wieder. Wie teilen sich die Menschen in Deutschland ihren Tag ein? Wie viel Zeit verbringen sie, um zur Arbeit zu gelangen? Teilen sich Paare die unbezahlte Hausarbeit? Und wer pflegt die Eltern? Die Zeitverwendungsstudie des Statistischen Bundesamtes zeigt auf, wie viel Zeit die Menschen für elementare Bedürfnisse, Betreuung und Pflege, für die Berufstätigkeit, für das Lernen bis hin zu freiwilligen Arbeiten in einem Ehrenamt investieren.

Zehn Jahre liegen zwischen den letzten beiden Zeitverwendungsstudien, die vom Statistischen Bundesamt bei rund 11 000 Menschen und auf freiwilliger Basis und im Auftrag vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durchgeführt wurden. Drei Tage dokumentierten die Teilnehmenden in 10 Minuten-Schritten ihre Aktivitäten und viel Genauigkeit wurde abverlangt – „unabdingbar für die Qualität der Daten“, so Holger Breiholz, der das Team der durchgeführten Studie im Statistischen Bundesamt leitete.

Ein großer Forschungsbereich ist daran interessiert, das Zusammenleben in den Haushalten und Familien, die zeitliche Zuwendung und Betreuung von Kindern und älteren Menschen zu beschreiben und zu analysieren. In welchen Lebensphasen die Arbeit wie verteilt und aufgeteilt wird, ist nicht nur eine private Entscheidung der Menschen, sondern eingebettet in gesellschaftliche Notwendigkeiten und Zeittakte.

So zeigen die Ergebnisse der Zeitverwendungsstudie, dass in Deutschland in den Familien die Zeitknappheit in der „Rushour des Lebens“ als am intensivsten empfunden wird, bei Frauen wie bei Männern. Frauen wenden dabei täglich doppelt so viel Zeit für die Kinderbetreuung auf. Jeder dritte Vater wünscht sich indes mehr Zeit für seine Kinder, während die Doppelbelastung von Frauen mit Kindern durch die Erhöhung ihrer Erwerbsarbeit tendenziell eher zugenommen hat. Ein interessantes Ergebnis ist noch in diesem Zusammenhang, dass die Zeit für das gemeinsame Essen insgesamt abgenommen hat. Der Aufwand für die „Beköstigungsarbeit“ – so der Fachjargon – hat bei den teilzeit- und vollzeiterwerbstätigen Müttern abgenommen, am deutlichsten jedoch bei den nichterwerbstätigen Müttern. Offensichtlich werden öfter externe Dienstleistungen und Möglichkeiten gewählt, wenn es um das Essen geht. Weitere Hinweise und Ergebnisse dazu finden Sie in dem Interview mit Professor Meier-Gräwe auf Seite 20 in dieser Ausgabe.

Ehrenamtliches Engagement, freiwillige Unterstützungsleistungen und die Pflege von Kindern und Erwachsenen – besonders letzteres ein großes Thema für Betroffene, Sozialplaner und politische Ent-

scheider. Das Ehrenamt ist in Deutschland beispielsweise ausgeprägt: 40 % der Frauen und Männer engagieren sich freiwillig oder ehrenamtlich, am häufigsten in Kirchen oder Vereinen.

Auch aus anderer Sicht sind die Ergebnisse der Zeitverwendungsstudie eine wertvolle Ergänzung, besonders im Hinblick auf ergänzende Berechnungen zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das BIP bezieht nur die Wertschöpfung aus bezahlter Arbeit ein, die unbezahlte Arbeit ist nicht berücksichtigt. Jedoch ist die unbezahlte Arbeit für das gesellschaftliche und persönliche Wohlbefinden, wie auch für die materielle Versorgung der Haushalte mit Waren und Dienstleistungen unverzichtbar: Bezahlte Arbeit ist ja häufig nur möglich, wenn andere die Tag für Tag erbrachten vielfältigen unbezahlten Tätigkeiten im Haushalt, bei der Betreuung von Kindern, von Pflegebedürftigen oder im Ehrenamt erbringen. Hier zeigen die Ergebnisse der Zeitverwendungsstudie, dass die privaten Haushalte 2013 für die unbezahlte Arbeit 35 % mehr an Zeit aufgewendet haben, als für die bezahlte Erwerbsarbeit. „Wir beziffern den Wert der unbezahlten Arbeit für 2013 auf mindestens 826 Milliarden Euro, das entspricht etwa einem Drittel der im BIP errechneten Wertschöpfung“ so die Experten Norbert Schwarz und Florian Schwahn aus dem Statistischen Bundesamt. Ohne die Zeitverwendungsstudie wären diese Betrachtungen so nicht möglich.

Die Zeitverwendungsstudien finden auch in anderen Ländern Europas und der Welt statt und werden bei EUROSTAT – dem europäischen Amt für Statistik – harmonisiert und vergleichbar gemacht. Im internationalen Kontext findet man innovative und interessante Forschungsfelder rund um die Frage, wie Menschen ihre Zeit verbringen. So wird beispielsweise an der Universität Valencia untersucht, wie ausgeprägt der sogenannte „Gender-Care-Gap“ in den europäischen Ländern ausfällt – als Indikator dafür, wie sich Männer und Frauen die Pflege älterer Menschen, von Kindern oder von anderen Pflegebedürftigen teilen.

Ein anderes Beispiel ist die Verwendung von amtlichen Zeitverwendungsstudien in der Gesundheitsforschung, wo die Zeitverwendung





.....
Gudrun Scheithauer vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2015 bei der Ergebniskonferenz der Zeitverwendungserhebung. Die vom BMFSFJ und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Stichprobenerhebung 2012/2013 bei privaten Haushalten war die dritte Erhebung in Deutschland nach 1991/1992 und 2001/2002.

der Menschen unter gesundheitsrelevanten Fragestellungen zu Zeitstress, Zeitkonflikten und Zeitwünschen betrachtet wird – so ist Kochen beispielsweise für die einen entspannend, für die anderen bedeutet dieses Stress. An der Universität Princeton wurde von dem Nobelpreisträger Daniel Kahnemann mit den amtlichen Daten der US Time-Survey Studie eine Möglichkeit entwickelt, das Wohlbefinden der Menschen in Bezug zu ihren genauen zeitlichen Aktivitäten und ihren sonstigen Lebensumständen zu messen. In wenigen Ländern sind Studien bereits so angelegt, dass die Befragten genau während der Aktivität digital zurückmelden können, wie ihr subjektives Wohlbefinden oder ihr Stresslevel ist – eine großer Fortschritt für die Qualität von Gesundheitsdaten.


In England wiederum analysieren verschiedene Forscherteams mit Hilfe der Zeitverwendungsdaten das Energie- und Mobilitätsverhalten der Bevölkerung. Sehr spezifisch wird z.B. das Verhalten rund um das „Wäschemachen“ untersucht, um daraus Konzepte zur besseren Energieversorgung zu entwickeln. Andere Forscher kombinierten die Zeitverwendungsuntersuchungen der offiziellen Statistiken mit der Beobachtung des Mobilitätsverhaltens, indem sie Studienteilnehmer mit zusätzlichen GPS Geräten ausstatten. Solche innovativen Forschungsansätze lassen erahnen, dass für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft sind, wenn sie sich mit der Zeitverwendung der Menschen beschäftigen.





 **Hamburg**
Zeitverwendung auf bildungsnahe Aktivitäten: Eltern und Kinder im Vergleich
Dr. Christina Boll, Andreas Lagemann
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)


 **Lüneburg**
Zeit, Wohlstand und Zufriedenheit – Multidimensionale Polarisierung von Zeit und Einkommen
Prof. Dr. Joachim Merz
Leuphana Universität Lüneburg, Forschungsinstitut Freie Berufe


 **Berlin**
Alltagsmobilität im Tages- und Lebensverlauf
Prof. Dr. Michaela Kreyenfeld
Hertie School of Governance, Berlin

 **Freiwilliges Engagement von Frauen**
Dr. Eckhard Priller
Maecenata Institut
Luise Burkhardt
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)


 **Zeitverwendung der Angehörigen, die ein Haushaltsmitglied pflegen**
Heribert Engstler, Prof. Dr. Clemens Tesch-Römer
Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA), Berlin


 **Braunschweig**
Alltagsmobilität im Tages- und Lebensverlauf
Prof. Dr. Dirk Konietzka
Technische Universität Braunschweig, Institut für Sozialwissenschaften


 **Bad Salzuflen**
Gleichstellungspolitik im Spiegel der Zeitverwendungserhebung
Dr. Astrid Libuda-Köster
Institut für Projektevaluation und sozialwissenschaftliche Datenerhebung (IPSE)


 **Hausaufgabenbetreuung von Eltern in der Familie**
Dr. Astrid Libuda-Köster
Institut für Projektevaluation und sozialwissenschaftliche Datenerhebung (IPSE)


 **Münster**
Freiwilliges Engagement von Frauen
Prof. Dr. Anette Zimmer
Westfälische Wilhelms-Universität Münster


 **Gießen**
Gleichstellung und innerfamiliäre Arbeitsteilung
Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe, Nina Klünder
Justus-Liebig-Universität Gießen, Professur für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft


 **Wiesbaden**
Bildung im Lebenslauf
Dr. Iris Gönsch
Statistisches Bundesamt, Wiesbaden


 **Entwicklung der unbezahlten Arbeit in Deutschland**
Norbert Schwarz
Statistisches Bundesamt, Wiesbaden


 **Die Rushhour des Lebens im Familienzyklus: Zeitverwendung von Frauen und Männern**
Dr. Martin Bujard, Ralina Panova
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung


 **Zeitaufwand für Kultur und kulturelle Aktivitäten**
Anja Liersch
Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

 **Frankfurt**
Gleichstellungspolitik im Spiegel der Zeitverwendungserhebung
Dr. Brigitte Sellach
Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Frauen- und Genderforschung e. V. (GSF), Frankfurt


 **Hausaufgabenbetreuung von Eltern in der Familie**
Dr. Brigitte Sellach
Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Frauen- und Genderforschung e. V. (GSF), Frankfurt

 **Mannheim**
Zeitverwendung von Kindern und Jugendlichen
Dr. Heike Wirth
GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Mannheim

 **Heidelberg**
Sportaktivität – Verbreitung und soziale Unterschiede
Prof. Dr. Thomas Klein, Jonathan Gruhler, Dr. Ingmar Rapp
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Institut für Soziologie

 **Soziale Einbindung im Lebenslauf: Formen und soziale Unterschiede**
Dr. Ingmar Rapp, Prof. Dr. Thomas Klein, Jonathan Gruhler
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Institut für Soziologie

 **München**
Freiwilliges Engagement von Frauen
Dr. Eckhard Priller
Maecenata Institut

 **Aktive Vaterschaft in unterschiedlichen Familienformen und -phasen**
Prof. Dr. Sabine Walper, Shih-cheng Lien
Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Im Interview: Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe

*Professorin für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und
Familienwissenschaft*



„Die Bereiche Haushalt und Familie sind hochgradig emotional aufgeladen. Jeder hat Erfahrung mit dem Thema und man neigt dazu, seine Befindlichkeit auf den Rest der Bevölkerung zu übertragen.“

Frau Prof. Meier-Gräwe, Sie sind Professorin für Hauswirtschaft- und Dienstleistungswissenschaften an der Universität Gießen. Was sind Ihre Schwerpunkte?

Ich bin ursprünglich Familiensoziologin und Ökonomin. Mein Lehrstuhl heißt Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaften. In meinem Fachbereich werden Ökotrophologen und Ökotrophologinnen ausgebildet. Dabei sind soziologische und ökonomische, aber auch naturwissenschaftliche Fragestellungen relevant. Die Bereiche Haushalt und Familie sind hochgradig emotional aufgeladen. Jeder hat Erfahrung mit dem Thema und man neigt dazu, seine Befindlichkeit auf den Rest der Bevölkerung zu übertragen. Daher ist es besonders wichtig, dass Thesen gut mit repräsentativen Daten belegt werden können und darüber hinaus brauchen wir gute qualitative Forschung.

Als ich nach Gießen kam, habe ich 1994 die erste Zeitbudgetstudie ausgewertet. Meine Vorgängerin, Rosemarie von Schweitzer war am Forschungsdesign der ersten Studie beteiligt. Ich komme aus der ehemaligen DDR und da waren Zeitverwendungsstudien schon länger üblich. Damals wurden unsere Hypothesen zum Beispiel zur klassischen Rollenverteilung bestätigt. Es gab aber auch Ergebnisse, die wir so nicht erwartet hatten. 1994 nahmen sich die Leute entgegen aller Vermutungen zum Essen vergleichsweise viel Zeit und das Ergebnis wurde bei der nächsten Studie 2001/2002 sogar noch übertroffen. Man durfte sich auch damals nicht auf die Individualereindrücke von Schreiberinnen und Schreibern im Feuilleton und allgemeinen

Klagen zur Esskultur verlassen, sondern auf die Fakten.

Sie waren also quasi Nutzerin der ersten Stunde ...

Ja, das kann man sagen. Was bei den ersten beiden Studien sehr gut war: Man konnte die Tätigkeiten verknüpfen mit der Frage, wo sie das tun und mit wem. Mahlzeitenmuster konnten so auch in sozialer Hinsicht ausgewertet werden. Dadurch wurde zum Beispiel deutlich, wie viel Zeit ältere Menschen allein verbringen. Menschen zwischen sechzig und siebzig verbrachten sehr viel Zeit alleine, nämlich 75 % der Wach-Zeit ihres Tages. Solche Problemlagen konnten damals durch die Zeitverwendungsstudie gut quantifiziert werden, ebenso wie die enorme Belastung der alleinerziehenden Mütter.

Arbeiten Sie in der Lehre mit Daten oder Scientific-Use-Files des Statistischen Bundesamtes?

Ja, das ist bei uns ein fester Bestandteil der Lehre. Wir haben eine große Veranstaltung „Wirtschaftslehre des Haushaltes“. Da geht es unter anderem um Methoden und Forschungsdesigns von Erhebungen. Wir arbeiten zum Beispiel mit dem Mikrozensus, mit EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions, die Red.) oder mit Daten der nationalen Verzehrstudie. Wir haben auch spezielle Module, wo die Studierenden in die Datensätze hineingehen und den Umgang damit lernen. Aus meiner Sicht sind Ihre Scientific-Use-Files erschwinglich, und auch was die Vorkehrungen zum Datenschutz angeht, finde ich den Aufwand absolut verkraftbar. Es ist

eine sehr erfreuliche Entwicklung, dass Institutionen wie das Statistische Bundesamt, nicht auf ihren Daten sitzen, sondern dass unterschiedliche Forschungszweige mit diesen Daten arbeiten können. Dem Renommee Ihres Hauses und der Zeitbudgeterhebung hat das überhaupt keinen Abbruch getan, dass sich unterschiedliche Professionen mit den Daten beschäftigen, ganz im Gegenteil.

Sie gehören der Sachverständigenkommission zum Gleichstellungsbericht der Bundesregierung an. Sind auch Ergebnisse der Zeitverwendungsstudie in den Bericht eingeflossen?

Ja, wir haben zwei Jahre daran gearbeitet und das Gutachten ist am 17. Januar 2017 übergeben worden. Wie Sie wissen, wurden der „Gender Pay Gap“ und „Gender Pension Gap“ zu diesem Zeitpunkt bereits viel diskutiert. Die Zeitverwendungsdaten haben wir genutzt, um für den Bericht einen „Gender Care Gap“ zu berechnen. Frauen leisten 1,5 Mal so viel unbezahlte Arbeit für andere Menschen wie die Männer. In dem Bericht geht es um die Frage, wie man in einer Gesellschaft, die mehr Erwerbsorientierung von Frauen bringt, die Alltagsarbeit und die Sorgearbeit organisiert. Als der Bericht vorgestellt wurde, haben wir empfohlen, den „Gender-Care Gap“ regelmäßig zu erfassen. Wenn man diesen Wert in der Lebensverlaufsperspektive sieht, mit all den Unterbrechungen der Erwerbsbiografie, wird klar, warum Frauen in Deutschland nur auf 40 % des Lebenserwerbseinkommens von Männern kommen. Die Zahlen stehen der Selbstwahrnehmung, dass wir eine relativ gleich-

berechtigte Gesellschaft leben, voll entgegen. Den Gender-Care Gap kann man nach unterschiedlichen Bildungsgruppen und Haushaltstypen berechnen. Um das weiterverfolgen zu können, muss die Zeitverwendungserhebung fortgesetzt werden, sonst gibt es keine verlässliche Datenbasis.

Sie haben Daten der Zeitverwendungsstudie für Ihre Forschungen zur Beköstigungsarbeit ausgewertet. Der Begriff klingt erst mal ungewohnt ...

Die Alltagsarbeit in den Haushalten wird in unserer Gesellschaft nach wie vor völlig unterbewertet. Der private Haushalt ist nicht nur ein Ort der Freizeit, sondern er ist auch Arbeitsort. Das ist keine Restgröße, die durch technischen Fortschritt verschwinden wird. Wenn wir uns die Daten der Zeitverwendung anschauen, sehen wir, dass die Haushaltsführung nach wie vor der große Brocken für die Frauen

ist. Das bekommen besonders Frauen zwischen Haushalt und Beruf zu spüren. Die Pflege des Zuhauses oder Essen kochen sind Baustellen die – anders als der Bereich Bildung – gesellschaftlich stark unterschätzt werden.

Den Begriff „Beköstigungsarbeit“ benutzen wir als Klammerbegriff für die verschiedenen Teile der unbezahlten Arbeit. Dabei geht es nicht nur um die Zubereitung oder die Vorbereitung von Mahlzeiten, sondern auch um die Logistik. Was ist im Kühlschrank? Was wollen wir kochen? Wer kauft ein? Wer macht was bei der Vorratshaltung? Und dann natürlich die Nachbereitung: Wer räumt auf, wer wäscht ab? Das Tolle an den Zeitverwendungsdaten ist, dass man einzelne Aktivitäten auch sehr kleinteilig ermitteln kann. Die Zeit, die Frauen für Haushaltstätigkeiten aufwenden, ist rückläufig. Es ist nicht so,

dass die Männer das übernehmen. Daher müssen wir fragen: Wo sind diese Arbeiten hingegangen? Haben die Frauen ihre Ansprüche gesenkt? Wird das jetzt durch Kita oder Schulverpflegung bei den Kindern abgedeckt?

Außerdem sollte auch erhoben werden, was die anderen Familienmitglieder in dieser Zeit machen und welche anderen Akteure in dieses Netzwerk institutionell oder familiär mit eingebunden sind. Bei einer Gesellschaft, die sich zur Dienstleistungsgesellschaft entwickelt, muss man in so einer Studie auch Erkenntnisse zu Akteuren über die Haushaltsgrenzen hinweg gewinnen, um beurteilen zu können, in welchem Ausmaß Zeitanteile ausgelagert werden. In der ersten Zeitverwendungserhebung konnte man auswerten, wer was mit wem tut. Das ist leider in der aktuellen Studie nicht mehr der Fall.



„Wenn wir uns die Daten der Zeitverwendung anschauen, sehen wir, dass die Haushaltsführung nach wie vor der große Brocken für die Frauen ist. Das bekommen besonders Frauen zwischen Haushalt und Beruf zu spüren.“

Sie haben anhand der Zeitverwendungsdaten herausgefunden, dass die Zeit für Beköstigungsarbeit auch bei Frauen, die gar nicht erwerbstätig sind, zurückgegangen ist. Das klingt paradox. Woran liegt das?

Wenn man das mit Ihrem und meinem Verständnis von Welt und Zeit sieht, scheint das paradox. Aber in Bevölkerungsgruppen, in denen Frauen nie eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, sind vorgefertigte Convenience Lebensmittel sehr beliebt. Das ist für diese Gruppe eine Form der gesellschaftlichen Teilhabe. Da fehlen viele Kompetenzen, auch Ernährungskompetenzen. Wenn man nie Ernährungskulturtechniken vermittelt bekommen hat, ist „gesunde Ernährung“ keine Zielstellung. Soziale Ungleichheit zeigt sich in sehr unterschiedlichen Lebensstilen und alles existiert nebeneinander. Den Anlass, solchen Fragestellungen und Motivlagen mit qualitativen Interviews weiter nachzugehen, haben uns die Zeitbudgetdaten gegeben. Man kann aus der quantitativen Erhebung interessante Forschungsfragen für weitere Studien entwickeln und qualitative Studien darauf aufbauen.

Was würden Sie sich für die nächste Zeitverwendungserhebung wünschen?

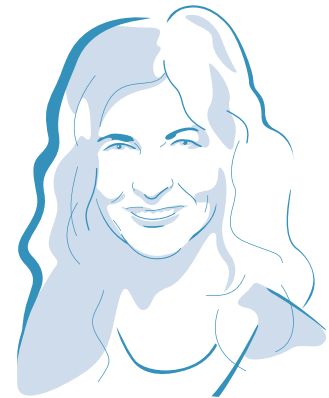
Gesellschaftliche Entwicklungen lassen sich durch Langzeitbeobachtungen, wie die Zeitverwendungserhebung sehr gut beschreiben. Aber genau da setzt meine Kritik an der aktuellen Zeitverwendungsstudie an. Leider ist als Merkmal der Ort weggefallen, an dem die Menschen ihren Tätigkeiten nachgehen. Wegen der steigenden Zahl erwerbstätiger Mütter, dem Ausbau von Kitas etc. muss man wissen, wohin sich zum Beispiel Betreuungstätigkeiten verschieben. Man sollte also unbedingt bewährte Indikatoren

abbilden, die auch in früheren Erhebungen vorhanden waren, um sie im Zeitverlauf vergleichen zu können. Zu den Zeitwünschen, die neu hinzugekommen sind, gibt es dagegen schon unglaublich viele Studien, auf die man zurückgreifen kann.

In jedem Fall wünsche ich mir, dass bei der Konzeption der nächsten Studie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit einbezogen werden, die mit den Daten umgegangen sind – dabei denke ich an den Auswertungsbeirat. Die Auswertung der Daten generiert eine Expertise, die man unbedingt für ein Forschungsdesign nutzen sollte. Ich verstehe, dass man die Kosten für so eine Analyse nicht unendlich ausweiten kann, aber man muss einen Abgleich mit den Bedürfnissen der Forschung schaffen und dann priorisieren.

Wie könnten die Ergebnisse mit Bezug zur Beköstigungsarbeit in zehn Jahren aussehen?

Die Aushandlungsstärke von Frauen ist im Hinblick auf Alltagsarbeiten umso günstiger, je stärker sie beruflich verankert sind. Meine Hypothese wäre: Da wir auf eine eklatante Arbeitskräftelücke zusteuern, werden Frauen in qualifizierten Bereichen und in der Pflege, als Krankenschwestern oder Erzieherinnen rote Teppiche ausgerollt. Das bedeutet, dass mehr Infrastruktur entsteht und die Weichenstellung in Richtung Ganztagschule geht. Mit den Daten der nächsten Zeitverwendungsstudie könnte man prüfen, in welchen Milieus zuerst Veränderungen auftreten. Man braucht immer wieder harte, belastbare Daten und darf sich nicht auf seinen subjektiven Eindruck verlassen, für Deutschland ist die Zeitbudgetforschung unverzichtbar.



Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe ist Professorin für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen und unter anderem Mitglied der Sachverständigenkommission für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Außerdem leitet sie seit 2013 das „Kompetenzzentrum zur Professionalisierung und Qualitätssicherung hausnaher Dienstleistungen“, das an ihrem Lehrstuhl angesiedelt ist. Frau Meier-Gräwe ist Mitglied des wissenschaftlichen Auswertungsbeirats für die Zeitverwendungserhebung und hat Daten aus allen bisher durchgeführten Zeitverwendungsstudien für ihre Forschung genutzt.



.....
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem dem SDG Team des Statistischen Bundesamtes

Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung



„Wir wollen und wir können unsere Welt verändern. Wir wollen und wir können der Welt ein menschlicheres Gesicht geben. [...] Wir nehmen uns dafür neue Ziele vor, die das gesamte Spektrum der globalen Entwicklung umfassen und die für alle gelten – für Industrieländer ebenso wie für Entwicklungsländer“.

Mit diesen Worten unterstrich Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen (United Nations – UN) im September 2015 die wegweisende Bedeutung der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ (Agenda 2030) für die internationale Staatengemeinschaft anlässlich deren Verabschiedung.



Präsident Sarreither bei der 46. Sitzung der Statistikkommission der Vereinten Nationen (UNSC).

Mit der Agenda 2030 ist die Hoffnung verbunden, eine sozial gerechte, wirtschaftlich leistungsfähige und ökologisch verträgliche Entwicklung in der gesamten Welt in den kommenden fünfzehn Jahren in Gang zu setzen, um eine grundlegende Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Menschen heute und künftig zu erreichen und um unseren Planeten Erde zu schützen. Es geht wohlgerne nicht ausschließlich allein darum, die Umwelterhaltung in den Fokus zu stellen, sondern auch um Themen, wie die Armutsbekämpfung, um Bildung, Gesundheitsfürsorge, eine nach den Maßstäben der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit geordnete Regierungsführung bis hin zur notwendigen Gleichstellung der Geschlechter.

Eine thematische Untergliederung aller Lebensbereiche und zum Status der Erde wurde in den 17 Zielen, den sogenannten „Sustainable Development Goals“ (SDGs), und 169 Unterzielen vorgenommen. Einige Ziele sind eng miteinander verzahnt, bzw. überlappen sich auch, da verschiedene Lebensbereiche nicht singulär betrachtet werden können. So hat Bildung u. a. einen zentralen Einfluss auf die Armut und umgekehrt. Die SDGs sind damit ein ausgewogenes System miteinander verbundener und sich gegenseitig be-

einflussender Ziele. Um die Zielerreichung qualitativ messen zu können, wurde ein umfassendes „Reviewsystem“, ein verzweigtes Berichtssystem zur Überprüfung der Umsetzung der SDGs auf globaler Ebene eingeführt, d. h. Aufgabe der amtlichen Statistik ist es, zu beurteilen, ob ein Ziel tatsächlich erreicht wurde bzw. inwieweit noch Defizite bei der Zielerfüllung bestehen. Hierfür sind Indikatoren erforderlich, die für die globale Ebene in einer Expertengruppe (Interagency and Expert Group on SDG Indicators (IAEG-SDGs)) entwickelt wurden. Das Statistische Bundesamt (Destatis) ist nicht nur eines der 27 Mitglieder der IAEG-SDGs, sondern hat auch den Co-Vorsitz in den Unterarbeitsgruppen „Datenflüsse“ und „Disaggregation der Daten“ inne.

Es ist zwar eine globale Aufgabe der Staatengemeinschaft, die Ziele der Agenda 2030 zu erreichen, jedes Land ist aber allein für die nationale Umsetzung verantwortlich. Jeder Staat setzt seine eigenen Prioritäten im Rahmen der Agenda. In der Regel richten sich die Prioritäten nach den nationalen Begebenheiten. So ist beispielsweise in den Entwicklungsländern zweifellos ein Schwerpunkt bei der Beseitigung der Armut zu setzen.

Die Implementierung der Agenda 2030 in die deutsche Politik erfolgte über eine Revision der „Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie“. Mit dieser Anfang 2017 von der Bundesregierung veröffentlichten Neuauflage der Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2002 sind jetzt auch alle Ziele der Agenda 2030 abgedeckt. Das heißt, die 17 nationalen Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie entsprechen den globalen Zielsetzungen der Agenda 2030. Neue Themenbereiche der deutschen Strategie sind dadurch zum Beispiel Armut, Gewässerqualität oder nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster. Für die einzelnen Themenbereiche wurden Indikatoren entwickelt, die ein transparentes Monitoring ermöglichen sollen. Insgesamt umfasst die neue Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie nun 63 Indikatoren gegenüber 38 Indikatoren der bisherigen Strategie.

Das Statistische Bundesamt ist seit 2006 von der Bundesregierung mit der Analyse und dem Monitoring der Nachhaltigkeitsstrategie beauftragt. Es erstellt die Indikatoren, die die Zielerreichung der einzelnen Themenbereiche messen und veröffentlicht zweijährlich sogenannte Indikatorenberichte. Auch im Rahmen der neuen nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wird Destatis das Monitoring der Zielerreichung übernehmen.

Bereits 2016 erstattete Deutschland im Rahmen des „Hochrangigen Politischen Forums für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen“, dem für die Überprüfung der Agenda 2030 auf globaler Ebene zentralen Gremium, Bericht über die Zielerreichung. Als eines der ersten Länder ergänzte Deutschland den sogenannten Staatenbericht durch Indikatoren. Die Daten hierfür wurden durch Destatis aus eigenen und externen Quellen zusammengestellt. In den nächsten Jahren wird es darum gehen, die Datenbasis sukzessive zu erweitern und zu vertiefen, insbesondere durch Disaggregationen, wo immer das möglich ist.



*Links: Mitarbeiterin und Mitarbeiter aus dem
SDG Team des Statistischen Bundesamtes*

*Rechts: Der Indikatorenbericht zur nationalen
Nachhaltigkeitsstrategie: Die Ziele gliedern sich
nach den 17 internationalen Entwicklungszielen
der Sustainable Development Goals (SDGs) der
Vereinten Nationen.*



Im Interview: Prof. Dr. Klaus Töpfer

Bundesminister a. D. und Experte für Nachhaltigkeit

Herr Prof. Töpfer, das Statistische Bundesamt berichtet im Rahmen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie über die Entwicklung bei der Umsetzung von 17 internationalen Nachhaltigkeitszielen. Sie sind ja ein Wegbereiter dieser Ziele, zunächst der Millennium Development Goals (MDGs), dann der Sustainable Development Goals (SDGs) – wie kam es dazu?

Nun, zuerst ist das ein Hinweis darauf, wie alt ich bin und wie lange ich jetzt schon dabei bin (lacht). Ich war Unter-Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), als wir die MDGs im Jahr 2000 ins Leben gerufen haben und diese hatten ja auch bis 2015 Gültigkeit. Die MDGs haben sicherlich viel Bedeutsames bewegt. Die Ziele sind nicht alle erreicht worden, aber es ist unter Kofi Annan (damaliger Generalsekretär der UN, die Red.) ein neuer Zugang geschaffen worden. Nach dem UN-Gipfel in Rio 2012

kam die Frage auf: Wo lagen die Begrenzungen der MDGs? Das Entwicklungsmodell des Nordens sollte so etwas wie ein Blueprint für den Süden sein. Das konnte nicht funktionieren. Es war notwendig, globale Ziele zu verabschieden. Ziele die sowohl für den Norden als auch für den Süden gelten. Warum wir das nicht schon 2000 gemacht haben, ist im Nachhinein eigentlich schwer zu erklären. Es war höchste Zeit für die SDGs. Und die sind in einem für die UN beispiellos kurzen Prozess entwickelt worden.

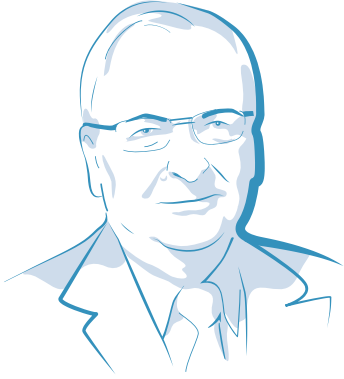
Man kann darüber streiten, ob 17 Ziele das handlungsorientierteste ist, was man haben kann. Für den einen oder anderen Kritiker war das ein gefundenes Fressen: Wer 17 Ziele verfolgt, der kann auch gleich gar nichts machen. Aber es ist sehr wichtig zu zeigen, wie sich diese Entwicklungs-

felder in ihren Interdependenzen zueinander verhalten. Nehmen Sie die Böden, sie sind kein eigenes Thema bei den SDGs, betreffen aber mindestens acht bis neun der SDGs. Sollen Böden für die Energiegewinnung genutzt werden oder für die Ernährung? So viel Boden haben wir gar nicht.

Die UN-Statistikkommission wirbt mit dem Motto „Better Data – Better Lives“. Inwieweit können Daten Gesellschaften im wahrsten Sinne „nachhaltig“ beeinflussen?

Zahlen sind Fakten, die wir nicht per se brauchen. Sondern wir müssen die Zahlen informations- und entscheidungsrelevant werden lassen. Wir brauchen entscheidungsrelevante Informationen. Wir haben lange darüber geklagt, dass wir Datenfriedhöfe produziert haben: Wir wissen über die Legehennen und deren Legeleistung genau Bescheid. Das mag an vielen Stellen ja

„Wenn du was erzählen willst, fängst du nicht mit Zahlen an. Die Deutungshoheit verbindet sich sehr viel mehr mit Bildern, mit Geschichten“



Professor Dr. Klaus Töpfer, Diplom-Volkswirt, war 1985 bis 1987 Minister für Umwelt und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz, von 1987 bis 1994 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, von 1994 bis 1998 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Seit 1972 ist er Mitglied der Christlich Demokratischen Union (CDU).

Von 1998 bis 2006 war Klaus Töpfer Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) in Nairobi und Unter-Generalsekretär der Vereinten Nationen. 2009 war er Gründungsmitglied des Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) in Potsdam und bis Ende 2015 Exekutivdirektor des Institutes. Seit 2007 ist er Professor für Umwelt und nachhaltige Entwicklung an der Tongji-Universität in Shanghai. Klaus Töpfer ist Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande und erhielt den Deutschen Nachhaltigkeitspreis für sein Lebenswerk auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit.

auch sinnvoll sein. Aber es geht nicht darum, möglichst viele Fakten oder Zahlen zu erheben. In unserer westlichen Welt hat offenbar nur das messbare, nur das quantifizierbare eine Relevanz. So einen Satz wie „Better Data – Better Lives“ würde ich nicht unterschreiben. Was verstehen wir denn unter gutem, einem besseren Leben? Was brauchen wir an Daten, um das zu messen? Brauchen wir an manchen Stellen wirklich Daten? Oder brauchen wir nicht vielmehr Überzeugungen oder Werte? Brauchen wir nicht eine daraus abgeleitete Verantwortungskultur für Menschen? Das ist eine Diskussion, die ich fantastisch finde.

Es gibt von zwei Journalisten einen Vergleich der SDGs mit der Laudato si' von Papst Franziskus (die zweite Enzyklika von 2015 befasst sich schwerpunktmäßig mit dem Themenbereich Umwelt- und Klimaschutz, die Red.). Die Parallelen sind wirklich erstaunlich und die wichtige Frage ist: Was veranlasst Menschen im Einklang mit den Leistungsfähigkeiten der Natur zu handeln? Da geht es um Wertungen, die nicht quantifizierbar sind. Wenn sich diese verschieben, verschiebt sich auch die Relevanz der Daten, die du haben willst. Aber diese ganzen Diskussionen über Quantifizierung – ach, damit kennen Sie sich besser aus. Sind Sie im Statistischen Bundesamt oder ich (lacht)?

Haben Zahlen nicht gerade im Zeitalter des „Postfaktischen“ eine besondere Bedeutung? Wer die Deutungshoheit hat, sagt die Wahrheit?

Ich war lange Minister und musste viele Entscheidungen treffen. Viele sagten mir: Mach' es doch so, wie es die Wissenschaft benennt. Da habe ich geantwortet: Welche denn, bitte? Es gab nicht eine einzige Entscheidung, bei der ich sicher war, dass es eine einheitliche wissenschaftliche Meinung gibt. Es wäre auch schlimm, wenn es

so wäre. Wissenschaft ist nicht Wahrheit. Wissenschaft ist eine bisher nicht widerlegte Wahrscheinlichkeit.

Die Deutungshoheit kommt heute über die Erzählung. Heute ist alles in den Medien, bis hin zur Wetterkarte, zu einer Geschichte geworden. Wenn du was erzählen willst, fängst du nicht mit Zahlen an. Die Deutungshoheit verbindet sich sehr viel mehr mit Bildern, mit Geschichten. Insofern wird sich das Statistische Bundesamt schon Gedanken darüber gemacht haben, wie man Zahlen bildhaft rüberbringt.

In unserem Hause wird regelmäßig darüber diskutiert, wie weit man komplexe statistische Ergebnisse reduzieren kann, ohne dass sie zu verkürzt rüberkommen ...

Politiker kennen den schönen Satz: Und bist du noch so fleißig, so kriegst du nur 1:30 (Minuten in der Tagesschau, die Red.). Reduzieren Sie mal Komplexität darauf hin! Das ist extrem schwierig. Meine Mutter sagte mir immer: „Mein Junge, ich hatte keine Zeit, deswegen musste ich dir einen langen Brief schreiben.“ Man braucht sehr viel Zeit zum Reduzieren und die Zahl alleine sagt noch nichts aus. Die Frage ist: Wie kann man das bildlich darstellen? Eine Geschichte daraus erzählen? Bis hin zu einer bildlichen oder filmischen Darstellung.

Was war denn Ihre Strategie, als Sie 1:30 Minuten in der Tagesschau hatten?

Meine Strategie war immer, eine Öffnung der Menschen für ein Thema zu erreichen. Dass es spannend ist, sich mit einem Thema zu beschäftigen. Und dass es relevant ist. Wenn ich da reingehe, um Menschen zu Fachleuten zu machen: Forget it! Nicht weil sie dumm sind, sondern weil die Spannweiten an Vorkenntnissen zu groß sind. Und relevant ist dann etwas, wenn ich nach der Tagesschau noch weiter darüber diskutieren

möchte. Auch mit unterschiedlichen Meinungen. Eine Meinung ist ja nichts anderes, als eine Beziehung zu Fakten, das ist erst mal nichts Negatives. Dass sich Meinungen in die Gesellschaft hinein verfestigen können, ist auch wahr. Wenn man sich ausschließlich auf die Meinung fokussiert – das kann man dann postfaktisch bezeichnen.

Was raten Sie uns als Statistisches Bundesamt, wie können wir die Relevanz unserer Zahlen vermitteln?

Also das erste (was ich mir auch selbst immer vornehme), auch wenn es nicht immer gelingt: Sprecht bitte in einer Sprache, die die Menschen auch sprechen und verstehen. Verlass' dich nicht darauf, dass du klug wirkst, wenn du unverständlich sprichst. Tue alles, um sprachlich abzurüsten! Auch auf die Gefahr hin, dass ein Experte damit nicht glücklich ist. Und Fakten immer so einbinden, dass sie etwas mit der Lebenserfahrung der Menschen zu tun haben. Das fängt bei so einem Begriff wie Nachhaltigkeit an.

Wer nur Akzeptanz erzeugen will, will etwas verkaufen, was die Menschen nicht haben wollen, so sagte es ein großer Wissenschaftler. Man möchte ja einen Schritt weiter gehen, die Menschen in ihrem Kontext ansprechen und in dem, was man ihnen zu geben hat. Aber ich bin weit davon entfernt, mich zu ihrem Lehrmeister zu machen (lacht).

Der Soziologe Ulrich Beck hat sich selbst kurz vor seinem Tod als „Töpferianer“ bezeichnet. Was hat er damit gemeint?

In seinen Überlegungen zur „zweiten Moderne“ hat Beck die Gefahr aufgezeigt, dass gegebene Institutionen leerlaufen und das Vertrauen verlieren können. Und das hat Beck wirklich glaubhaft belegt. Was er mit „Töpferianer“ gemeint haben könnte: Man muss in seiner Rolle bereit sein, die vorhergehende mitzutragen. Keine Trennung zu machen, zwischen jetzt bist du hier, jetzt bist du da. So bleibt man denkfähig und dialogfähig.



„Eine Meinung ist ja nichts anderes, als eine Beziehung zu Fakten, das ist erst mal nichts Negatives.“

Zukunftsthemen



Neue digitale Daten für die amtliche Statistik

Neue digitale Daten, aber auch immer mehr verfügbare Verwaltungsdaten verändern die amtlichen Statistiken und stellen traditionelle statistische Produktionsverfahren nachhaltig in Frage. Neue digitale Daten – häufig als neue digitale Daten bezeichnet – sind eine große Herausforderung, stellen aber auch eine große Chance dar: Künftig können amtliche Statistiken, regional wie für kleine Gruppen, schneller, kostengünstiger und in höherer Präzision erstellt werden und Auskunftgebende dadurch spürbar entlastet werden.

Neue digitale Datenquellen sind für die Erstellung amtlicher Statistiken intensiv zu prüfen, bevor sie genutzt werden können. Dies ist ein komplexer Prozess, der neben methodischen Anforderungen in mindestens gleich starkem Maße rechtliche Fragen sowie Qualitätsaspekte umfasst. An vielen Stellen sind neue Qualifikationen seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb der amtlichen Statistik gefordert, die durch geeignete Aus- und Weiterbildungskonzepte entwickelt werden müssen.

Die Risiken sind vielfältig, sowohl bei einem aktiven als auch bei einem zurückhaltenden Umgang mit dieser informationellen Hochtechnologie. Gelingt es der amtlichen Statistik nicht oder nur eingeschränkt, neue digitale Datenquellen als Entscheidungsgrundlagen für Politik, Gesellschaft sowie Wissenschaft zu erschließen und adäquat zur Verfügung zu stellen, werden neue Akteure am Informationsmarkt, wie schon heute z.B. Google oder Amazon, dieses Feld besetzen. Insgesamt werden private Unternehmen nicht den gesamten Bereich des öffentlichen Gutes amtliche Statistik besetzen, aber möglicherweise relevante Bereiche, wie z.B. bei den Preisindizes, und dort nicht unbedingt in einer Qualität, die amtliche Statistik produzieren könnte.

Längerfristig wird sich die amtliche Statistik auch in einer Welt neuer digitaler Daten behaupten. Nur eine öffentlich getragene Statistik kann gemeinsam mit der Politik und dem Datenschutz Verfahrensregeln weiterentwickeln, die es erlauben ‚blended data‘, also die simultane Nutzung von integrierten Befragungs-, administrativen und weiteren digitalen Daten, für Statistiken zu nutzen. Doch bis dahin liegt noch viel Arbeit vor den statistischen Ämtern.

Die anstehenden Aufgaben wird kein statistisches Amt alleine lösen können. Internationale Zusammenarbeit und Arbeitsteilung ist in diesem Bereich unerlässlich. Die Vereinten Nationen, deren europäischer Zweig UNECE sowie das Europäische Statistische System (ESS) arbeiten gemeinsam mit den statistischen Ämtern der jeweiligen Mitgliedstaaten in vielen Bereichen, in Arbeitsgruppen wie in konkreten Projekten, an der Integration neuer digitaler Daten in amtliche Statistiken. Mit dem Scheveninger Memorandum haben die Leiterinnen und Leiter der statistischen Ämter des ESS im Jahr 2013 beschlossen, nicht weiter über das ‚Ob‘ einer Nutzung von neuen digitalen Daten zu diskutieren sondern sich mit dem ‚Wie‘ auseinanderzusetzen. In der Folge wurde eine ESS neue digitale Daten Roadmap wie ein Action Plan erarbeitet. Insgesamt acht neue digitale Daten Projekte sind auf den Weg gebracht worden. So arbeiten die Fachstatistiker an Methoden des Web-Scraping, an Mobilfunkdaten, setzen sich mit Fragen zu Smart Data (Internet der Dinge) sowie Schiffsidentifikatoren auseinander. Diese Arbeitspakete sind 2016 gestartet worden und sollen bis 2019 erste abschließende Ergebnisse liefern.

In der Folge der internationalen Aktivitäten, an denen das Statistische Bundesamt von Anfang an beteiligt war, wurde 2016 in einem weiteren Schritt die europäische neue digitale Daten Roadmap zu einer nationalen Strategie für die Bundesstatistik weiterentwickelt. So wurden für die kurze sowie mittlere Frist Ziele formuliert, um neue digitale Daten in Kombination mit Befragungs- und administrativen Daten innerhalb von amtlichen Statistiken zu verwenden.

Erste Anwendungen neuer digitaler Daten werden sich für die statistischen Ämter im Rahmen von Sonderauswertungen ergeben. Innerhalb von Analysen für kurzfristige Informationsbedarfe seitens

Ministerien oder bei Dritten können neue digitale Daten, z.B. aus dem Internet, kombiniert mit amtlichen Daten wertvolle zusätzliche Erkenntnisse ermöglichen.

Bis 2020 sind erste Nutzungen neuer digitaler Daten innerhalb von amtlichen Statistiken für die Bereiche der Land- und Forstwirtschaft sowie in den Preisstatistiken zu erwarten. Mit dem Copernicus-Programm der Europäischen Raumfahrtbehörde ESA und den sehr umfangreichen Daten, z.B. von den Sentinel-Satelliten, werden erste Anwendungen zur Bodenbedeckung wie in den Erntestatistiken absehbar zu erwarten sein. Expertinnen und Experten des Statistischen Bundesamtes arbeiten hier intensiv an ersten Machbarkeitsstudien. Bei Preisstatistiken werden einzelne Preise schon seit einiger Zeit manuell auch im Internet erhoben. In Projektstudien arbeiten die Fachstatistiker an Verfahren der automatisierten und wiederholten Erfassung von Preisen mittels Web-Scraping. Neben methodischen Fragen sind vor einem regelmäßigen Einsatz dieses Verfahrens rechtliche, insbesondere auch urheberrechtliche Fragen zu klären. Ein weiterer Einsatzbereich neuer digitaler Daten in den Preisstatistiken sind Daten aus Scannerkassen. Diese Informationen haben den großen Vorteil, dass sie Preise der direkten Kontrakte erfassen, gerade in Zeiten der flexiblen Preissetzung eine wertvolle Eigenschaft. Weitere Machbarkeitsstudien befassen sich mit dem Pendlerverhalten und Tourismusstatistiken auf der Grundlage von Mobilfunkdaten.

Bis zur vollen Nutzung neuer digitaler Daten innerhalb von amtlichen Statistiken sind noch viele Fragen zu klären. Dies sind zum einen methodische und qualitative Aspekte, zum anderen datenschutzrechtliche Fragen, aber auch Betrachtungen zum kontinuierlichen Datenzugang und dessen rechtliche Regelung. Neue digitale Daten ist unbestreitbar ein Hype und wie üblich wird auch dieser Hype vergehen, aber die Daten werden bleiben und die amtliche Statistik, so wie wir sie heute national wie international kennen, nachhaltig verändern.



Weitere Informationen zum Thema „Neue digitale Daten“

Vernetzung der Register in Deutschland: Mehr Qualität für Bevölkerungszahlen

Für amtlich ermittelte Bevölkerungszahlen zeichnet sich international ein starker Trend zur Nutzung von Verwaltungsdaten ab: In Europa planen nach einer UNECE-Befragung 24 Staaten für den Zensus 2021 ein vollständig registerbasiertes oder – wie in Deutschland – kombiniertes Verfahren, um Zensusergebnisse zu gewinnen. Bei kombinierten Verfahren werden sowohl Registerdaten als auch primärstatistische Erhebungen aufbereitet und unterschiedlich verknüpft. Alle befragten statistischen Ämter erkennen die Notwendigkeit an, sich von traditionellen, auf Befragungen basierenden Zensusverfahren zu lösen: Ergebnisse werden aktueller, Bürgerinnen und Bürger werden entlastet und die Datengewinnung ist effizienter. Das Statistische Bundesamt hat 2017 ein Projektreferat eingerichtet, das sich konzeptionell auf die registerbasierte Ermittlung der Bevölkerungszahlen vorbereitet.

Mit dem Zensus 2011 wurden in Deutschland bereits erfolgreich Daten der Melderegister genutzt, um die Einwohnerzahlen und wesentliche demografische Merkmale zu ermitteln. Zugleich bestätigten sich vermutete Qualitätsdefizite der Melderegister hinsichtlich Über- und Untererfassungen, die durch eine umfangreiche Korrekturstichprobe bereinigt werden konnten. Ursachen dieser Qualitätsdefizite liegen in den Meldeprozessen und -verhalten der Bevölkerung. Durch verbesserte Meldeprozesse infolge des im November 2015 in Kraft getretenen Bundesmeldegesetzes werden künftige Meldeprozesse weniger fehleranfällig sein. Bereits in den Meldedaten enthaltene Fehler werden dadurch jedoch nicht korrigiert und durch das Meldeverhalten der Bevölkerung werden auch künftig Über- und Untererfassung auftreten. Damit bleibt die Qualitätsverbesserung der Melderegister weiter eine wichtige Voraussetzung für deren stärkere Nutzung.

Für den Zensus 2021 wird in Deutschland wie 2011 erneut ein kombiniertes Verfahren eingesetzt, das ergänzend zu den verwendeten Registerdaten auf Befragungsergebnisse angewiesen ist (z. B. um Melderegister zwecks Einwohnerzahlermittlung zu korrigieren). Für die Zeit nach 2021 zeichnen sich derweil auf europäischer Ebene grundlegende Änderungen an den rechtlichen Rahmenbedingungen für Volkszählungen ab: Für Deutschland bedeutet eine Umsetzung der derzeitigen europäischen Vorstellungen, dass ab etwa Mitte des kommenden Jahrzehnts ausgewählte Zensusergebnisse schneller, häufiger (Jahresturnus) und kleinräumiger (auf 1 km²-Gitterzellenebene) verpflichtend bereitzustellen sind. Länder mit einem registerbasierten Verfahren sind in der Lage, diese künftigen europäischen Anforderungen mit geringem Ressourcenaufwand bei den statistischen Erhebungs- und Aufbereitungsprozessen zu bedienen.

Um diese Herausforderungen frühzeitig anzugehen, hat das Statistische Bundesamt ein neues Projektreferat geschaffen, das ein

Konzept für die jährliche, registerbasierte Ermittlung kleinräumiger Zensusergebnisse erarbeitet. Das Konzept soll dabei zugleich auch die Anforderungen der laufenden Bevölkerungsstatistik berücksichtigen, um ein kohärentes Gesamtsystem aus Zensus und laufender Bevölkerungsstatistik zu erreichen. In diesem Zusammenhang ist ein zentrales Ziel, Maßnahmen vorzuschlagen, mit denen eine weitere Verbesserung der Qualität der Melderegister erreicht werden kann.

In Hinblick auf den Zensus 2031 wird bereits jetzt mit den Vorbereitungen begonnen, um diesen in stärkerem Maße registerbasiert durchführen zu können und so Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger und Aufwände in der Verwaltung zu reduzieren. In diesem Zusammenhang ist neben der Verbesserung der Qualität der Melderegister der Aufbau eines einheitlichen, bundesweiten Gebäude- und Wohnungsregisters eine wichtige Aufgabe, weil so im Idealfall langfristig die Befragung aller Eigentümer im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung durch ein registerbasiertes Verfahren vereinfacht oder sogar ersetzt werden kann. Die Erarbeitung der konzeptionellen Grundlagen für ein solches Register ist eine weitere wichtige Zukunftsaufgabe des neuen Projektreferats.

Die Vernetzung von Registern, deren Kernmerkmale standardisiert sind, kann digitale Verwaltungsverfahren ermöglichen. Von Bürgerinnen und Bürger autorisierte Registerabfragen zwischen Verwaltungen könnten – unter Einhaltung der Datenschutzstandards – papiergebundene Nachweispflichten ersetzen. Zugleich könnte ein einheitliches Kerndatensystem mit Zugriffen unterschiedlicher Behörden eine Fallbearbeitung über fachliche und örtliche Zuständigkeiten hinweg möglich machen. Damit würden sich Verwaltungsabläufe sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für Unternehmen sowie für Verwaltungen vereinfachen. Das Statistische Bundesamt unterstützt die Bundesregierung bei der Entwicklung eines Leitbildes für eine solche künftige Registerlandschaft in Deutschland, dessen Umsetzung nicht nur in der amtlichen Statistik zu erheblichen Effizienzgewinnen führen würde.



Weitere Informationen zu den Themen „Migration“ und „Mindestlohn“

In Planung: Interaktives Datenangebot zu Migration und Integration

Daten zum Thema Migration und Integration aus verschiedenen Behörden zusammenzutragen und zu analysieren, ist eine reiche- und zeitintensive Aufgabe. Als Reaktion auf die hohe Nachfrage nach Daten zum Thema Flüchtlinge und Schutzsuchende wurde auf der Destatis-Webseite vor zwei Jahren eine Sonderseite eingebunden, die eine Übersicht aller verfügbaren amtlichen Quellen liefert und auf externe Datenangebote verlinkt.

Was fehlt, ist ein Datenangebot, das migrations- und integrationsrelevante Strukturdaten aus verschiedenen Quellen zusammenführt und visualisiert. Das Statistische Bundesamt arbeitet an einem in-

teraktiven Kartenangebot, das Daten der amtlichen Statistik, der Bundesagentur für Arbeit (BA) und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in einer Anwendung bietet. Zielgruppe sind neben kommunalen Entscheidungsträgern auch Multiplikatoren wie Blogger und Online-Medien.

Die Anwendung basiert auf Technologien, die bereits bei der relativen Höhe des Mindestlohns nach Arbeitsmarktreionen oder „So wohnt Deutschland“ erfolgreich eingesetzt werden. Diese und weitere Karten finden Sie auf der Website des Statistischen Bundesamtes.

Der Destatis-Haushalt im Detail

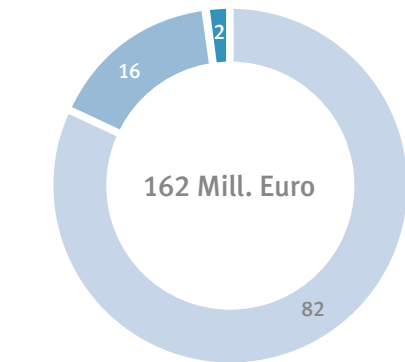
Die veranschlagten Haushaltsmittel des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2016 beliefen sich auf 161,8 Millionen Euro. Das entspricht einem Anteil von 2,1 % am Haushalt des Bundesministeriums des Innern und von 0,05 % am Gesamthaushalt der Bundesrepublik Deutschland.

.....
Wachen über das Budget: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Team Haushalt



Veranschlagte Ausgaben des Statistischen Bundesamtes 2016

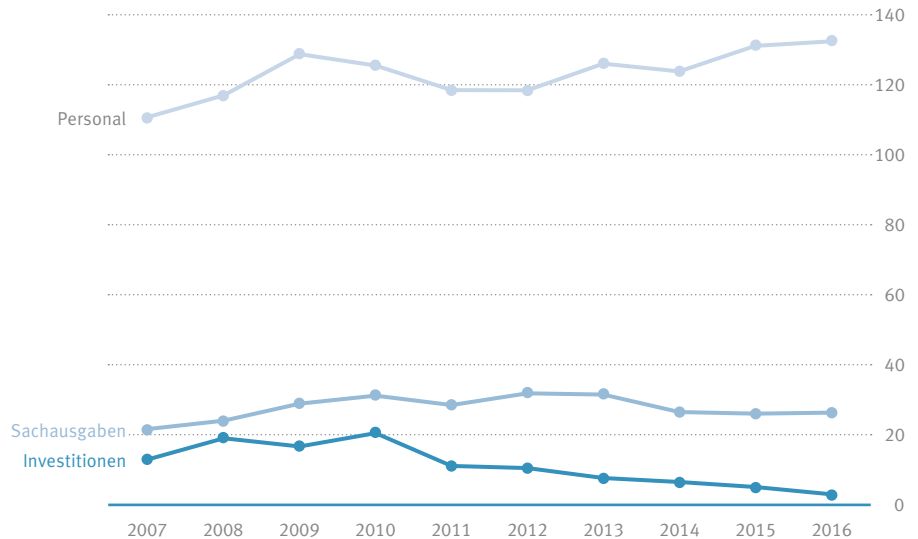
in %



Personal: 132,5 Mill. Euro
Sachausgaben: 26,4 Mill. Euro
Investitionen: 2,9 Mill. Euro

Haushalt des Statistischen Bundesamtes

in Millionen Euro



Die Personalausgaben für die rund 2 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten mit 132,5 Millionen Euro einen Anteil von 82 % am Gesamtbudget 2016 des Statistischen Bundesamtes. Für Sachausgaben wurden 26,4 Millionen Euro veranschlagt, das entspricht rund 16 % der Ausgaben insgesamt. Investitionen für Informationstechnologie und die Sanierung des Dienstgebäudes in Wiesbaden hatten ein Volumen von 2,9 Millionen Euro und machten einen Anteil von 2 % aus.

In den letzten Jahren ist die Entwicklung der Personalausgaben nicht stetig verlaufen. Hintergrund ist unter anderem die Bündelung des IT-Betriebs (IT-Konsolidierung), durch die ab 2013 insgesamt rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur damaligen Bundesstelle für Informationstechnik (BIT) gewechselt sind. In diesem Zuge wurden Mittel für Personal, Sachausgaben und Investitionen in Höhe von rund elf Millionen Euro vom Statistischen Bundesamt übertragen. Im Jahr 2015 haben sich die Personalausgaben um rund sieben Millionen Euro erhöht, da zusätzliche Mittel für neue Stellen sowie für Tarif- und Besoldungserhöhungen gewährt wurden.

Zusätzliche Gelder oder Stellen im Haushalt erhält das Statistische Bundesamt für bestimmte sogenannte „Sondertatbestände“.

Das sind Aufgaben, die im politischen Fokus stehen und die mit den vorhandenen Mitteln sonst nicht ausgeführt werden könnten. In den vergangenen Jahren wurden unter anderem Mittel für die Bürokratiekostenmessung, die Hochschulstatistik und den Zensus 2021 zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus wird eine Reihe von Projekten im Auftrag und durch Finanzierung der Bundesressorts durchgeführt. Im Bereich des Bundesbildungsministeriums sind dies zum Beispiel die Erstellung von Bildungs- und Bildungsfinanzberichten sowie das kommunale Bildungsmonitoring. Durch die Gewinnung von „EU grants“, das sind Fördermittel der Europäischen Union, kann das Statistische Bundesamt weitere Projekte bearbeiten. Hier ermöglicht Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union, mit zeitlich befristeter Hilfe einer Co-Finanzierung die Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diese Aufgaben. Werden im Auftrag von Unternehmen oder weiteren Dritten Sonderauswertungen zu Statistikdaten erstellt, die in dieser Form nicht vorliegen oder standardmäßig veröffentlicht werden, so ergeben sich daraus ebenfalls zusätzliche Einnahmen. Aus diesen Drittmitteln wurden im Jahr 2016 insgesamt rund 11,6 Millionen Euro vereinnahmt.

Personal: Fit für die Zukunft

Die gesellschaftlichen Veränderungen unserer Zeit stellen nicht nur neue technische Anforderungen an das Statistische Bundesamt, sondern erzeugen auch neue Bedürfnisse bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Lebensstile jedes einzelnen unterscheiden sich heute stärker voneinander, Menschen sind mobiler und gleichzeitig immer stärker vernetzt. Das Statistische Bundesamt nimmt sich diesem Wandel an und ermöglicht seinen Beschäftigten ortsunabhängige E-Learningangebote, sowie flexible Arbeitszeiten und sorgt so dafür, dass Beruf und Familie besser vereinbar sind.



Moderne Fortbildung in der digitalen Welt

Die zunehmende Nutzung digitaler Lernmethoden verändert die Fortbildung im Statistischen Bundesamt. 2016 konnte ein groß-angelegtes E-Learning-Modul „Einführung in die amtliche Statistik“ fertiggestellt werden, das das Statistische Bundesamt gemeinsam mit den Statistischen Ämtern der Länder erarbeitet hat. In 18 E-Learning Modulen erhalten Interessierte einen detaillierten Überblick über organisatorisch-rechtliche und statistisch-methodische Grundlagen der amtlichen Statistik. Neueinsteiger und andere Interessierte haben so die Möglichkeit, sich räumlich und zeitlich flexibel in die wichtigsten Themen der amtlichen Statistik einzuarbeiten.

Da für die Arbeit des Statistischen Bundesamtes auch aktuelle Themen wie neue digitale Daten eine zunehmende Rolle spielen, werden die Statistiker fit für die Zukunft gemacht und entsprechend geschult. Hierzu tragen Seminare zum Einsatz von Maschinellen Lernen und zu den Möglichkeiten der Auswertung von neuen digitalen Daten durch die amtliche Statistik bei.

Neben der Nutzung der neuen E-Learning-Angebote haben sich die Beschäftigten im Jahr 2016 durchschnittlich zwei Tage in Präsenzschulungen fortgebildet. Das Statistische Bundesamt koordinierte 160 Inhouse-Schulungen, knapp 60 gemeinsame Seminare mit den Statistischen Ämtern der Länder sowie 17 dezentrale Veranstaltungen der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung.

Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die Unterstützung der Beschäftigten bei der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben ist dem Statistischen Bundesamt seit vielen Jahren ein großes Anliegen. Die Beschäftigten werden daher bei der Wahrnehmung durch vielfältige Vereinbarkeitsmaßnahmen unterstützt.

Bislang werden diese Angebote jedoch überwiegend von Frauen wahrgenommen. Nach dem Bundesgleichstellungsgesetz sollen insbesondere Männer dazu motiviert werden, solche Angebote anzunehmen. In einem ersten Schritt wurde im Intranet in einer übersichtlich zusammengefassten Darstellung auf das vielfältige Angebot an Vereinbarkeitsmaßnahmen (z. B. Elternzeit mit und ohne

Teilzeitbeschäftigung, Beurlaubungen und Teilzeitbeschäftigung aus familiären Gründen, Telearbeit oder Mobiles Arbeiten, Freistellungen in Pflegesituationen, Familienparkplätze, Eltern-Kind-Zimmer) hingewiesen. Außerdem werden explizit Männer angesprochen, die sich stärker in familiäre Aufgaben einbringen möchten.

Darüber hinaus werden Informationsveranstaltungen zur Thematik der partnerschaftlichen Übernahme von Familienaufgaben durch Männer und Frauen durchgeführt. Weiterhin ist vorgesehen, junge Väter, die bereits Vereinbarkeitsmaßnahmen wahrgenommen haben, auf freiwilliger Basis zu ihren Erfahrungen zu befragen. Auf diese Weise soll ein Erfahrungsaustausch von Vätern innerhalb des Hauses angeregt werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Personalabteilung sorgen unter anderem dafür, dass Destatis moderne Fortbildungsmöglichkeiten bietet.



.....

Wichtige Themen für die Beschäftigten sind die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie flexible Arbeitszeiten.

Flexibilisierung der Arbeitszeit durch Langzeitkonten

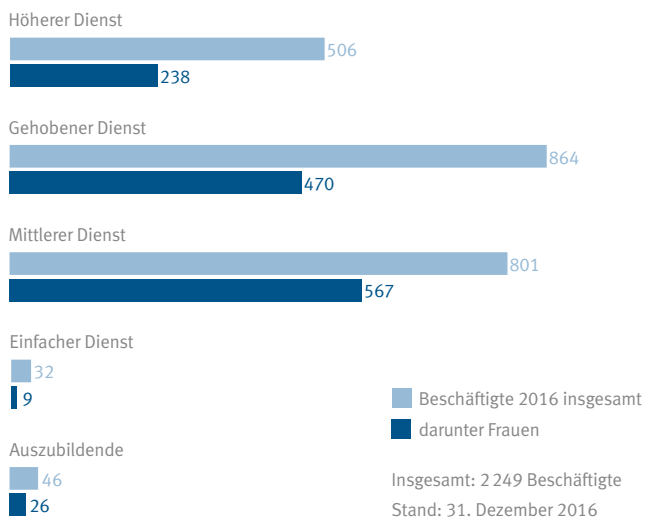
Seit Anfang 2017 haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes die Möglichkeit, sich im Rahmen eines Pilotprojekts des Bundesministeriums des Innern nach individueller Vereinbarung ein Langzeitkonto einrichten zu lassen. Auf dieses personenbezogene Arbeitszeitkonto sparen die Beschäftigten Zeitguthaben an, das sie für längere Freistellungszeiten verwenden können. Diese Möglichkeit der Ansparung von Zeitguthaben gilt zunächst bis Ende 2020.

Das Angebot geht auf die Bedürfnisse moderner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein und dient dazu, den Beschäftigten individuelle und flexible Möglichkeiten bezahlter Freistellungen gewähren zu können. Dies fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und eröffnet Gestaltungsspielräume für

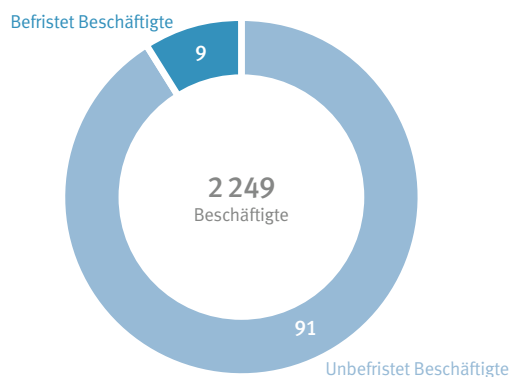
eine persönliche Berufs- und Karriereplanung (z. B. auch für Fort- und Weiterbildung). Die Langzeitkonten können somit einen wirksamen Beitrag zur Förderung der Motivation und Arbeitszufriedenheit leisten.

Zwischen interessierten Beschäftigten und der Verwaltung wird eine Vereinbarung zur Erhöhung der wöchentlichen Sollarbeitszeit um bis zu drei Stunden getroffen. Ebenso ist eine Übertragung von jährlich maximal fünf Erholungsurlaubstagen auf das Langzeitkonto möglich. Diese zusätzlich erworbenen Zeiten werden einem gesonderten Zeitkonto zugeführt und können während der späteren Entnahmephase in einem oder mehreren Blöcken entnommen werden. Auch die Gestaltung einer späteren Teilzeitphase ist möglich.

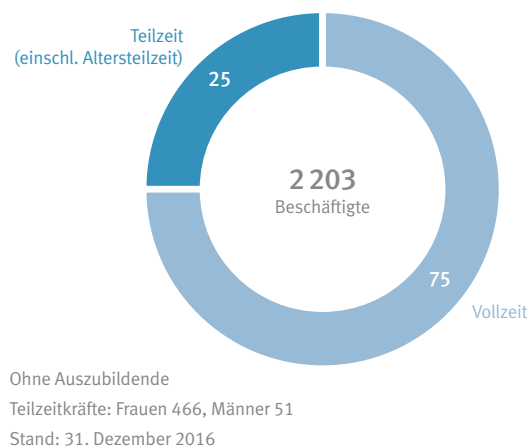
Beschäftigte nach Laufbahngruppen



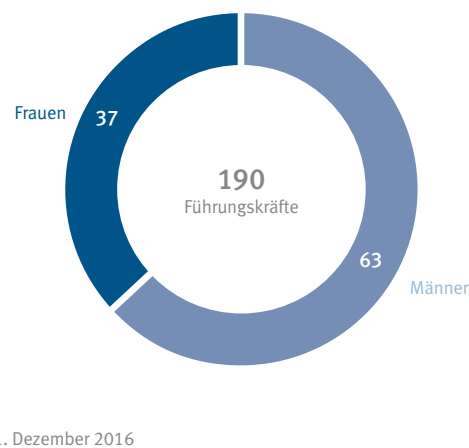
Unbefristet und befristet Beschäftigte in %



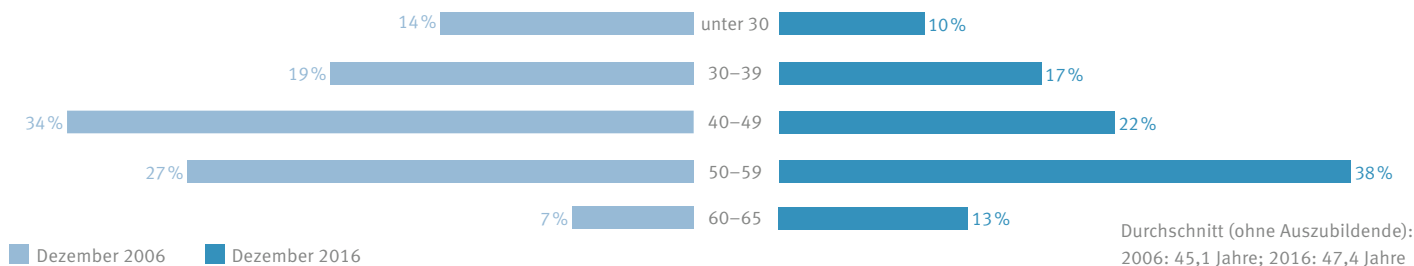
Beschäftigte nach Arbeitszeitmodell in %



Führungskräfte nach Geschlecht in %



Beschäftigte nach Altersklassen im Zehn-Jahresvergleich (ohne Auszubildende) in %



Leitung



Dr. Georg Thiel

Vizepräsident, stellvertretender
Bundeswahlleiter

Dieter Sarreither

Präsident und Bundeswahlleiter

**Sibylle von Oppeln-
Bronikowski**

Strategie und Planung,
Internationale Beziehungen,
Forschung und Kommunikation

Dr. Ruth Brand

Gesundheit, Soziales, Bildung,
Private Haushalte

Peter Schmidt

Unternehmensregister, Verdienste,
Industrie, Dienstleistungen

Jürgen Chlumsky

Verwaltung,
Bürokratiekostenmessung

Albert Braakmann

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen, Preise

Angela Schaff

Landwirtschaft, Umwelt,
Außenhandel

Beate Glitza

Informationstechnik,
Mathematisch-
statistische Methoden

Dr. Sabine Bechtold

Bevölkerung, Finanzen
und Steuern

Kontakt

www.destatis.de

Zentraler Auskunftsdienst
Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05
www.destatis.de/kontakt

Pressestelle und journalistischer Informationsservice
presse@destatis.de
Telefon: +49 (0) 611 / 75 34 44

Servicebüro für Statistik im Bundestag
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus
bundestag@destatis.de

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

i-Punkt Berlin
Friedrichstrasse 50-55 (Checkpoint Charlie)
10117 Berlin

Zweigstelle Bonn
Graurheindorfer Strasse 198
53177 Bonn

